

60 Jahre Afrikanische Union - und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

von Asfa-Wossen Asserate

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

1963, als die Vorgängerin der Afrikanischen Union, die Organisation für Afrikanische Einheit, OAU, gegründet wurde war ich 15 Jahre alt und ich war Schüler an der Deutschen Schule in Addis Abeba. Wir erfanden an unserer Schule damals eine Art Spiel: Man ging auf einen Mitschüler zu und fragte ihn: "Woher kommst du? Was ist deine Heimat?" Als ich so gefragt wurde, antwortete ich mit etwas Verwunderung: "Was soll diese Frage? Ich bin Äthiopier." "Nein, das war gestern. Ab heute bist du Afrikaner!", antwortete mein Mitschüler.

Diese kleine Anekdote soll daran erinnern, wie groß die Euphorie damals war, nicht nur unter uns Schülern in Äthiopien, sondern in ganz Afrika. Die Hoffnung auf Einheit des Kontinents, die Vision einer pan-afrikanischen Zukunft, sie setzte große Emotionen frei, verbunden mit der Hoffnung auf Frieden, auf Unabhängigkeit und wirtschaftliche Prosperität. Diese Hoffnung hatten nicht nur wir Schüler in Addis Abeba, sondern Millionen Menschen überall auf dem afrikanischen Kontinent.

Heute, 60 Jahre später, ist es leider Gottes so, dass ein Schüler in Addis Abeba nicht einmal mehr angstfrei sagen kann: "Ich bin ein Äthiopier." Von ihm wird erwartet, dass er sagt, ich bin Oromo, oder Amhare, oder Tigray, oder Gurage, oder Afar, oder Somali oder eine andere der vielen Volksgruppen nennt, die in Äthiopien zusammen leben. Nicht mehr das Gemeinsame und Verbindende wird heute betont, sondern das Trennende und Diskriminierende. Die Ethnisierung wurde zum zentralen Anliegen der Politik. Die Folge sind Spaltung, Hass und Bürgerkriege zwischen den verschiedenen Ethnien, die bis zu Genoziden eskalieren, brutalen und blutigen Massakern gegen andere Volksgruppen.

Ich bin daher dankbar, dass wir an diesem Gedenktag wieder an das erinnern, was uns alle verbindet, und wieder, über unsere gemeinsamen Hoffnungen, Ziel und Wünsche sprechen, in Afrika und in der Welt.

An diesem 25. Mai vor 60 Jahren stritten die anwesenden afrikanischen Staatschefs bis weit in die Nacht um die Ziele der Organisation und ihre genaue Ausformulierung. Noch kurz vor Mitternacht schien keine Einigung in Sicht und man befasste sich bereits mit dem Gedanken, die

Unterzeichnung eines gemeinsamen Dokuments um drei Monate zu verschieben. Die Entscheidung stand auf Messersschneide. Schließlich war es der Gastgeber des Treffens, Äthiopiens Kaiser Haile Selassie, der die Initiative ergriff und das persönliche Gespräch mit den Stimmführern der zwei verschiedenen Interessensgruppen suchte.

Da war auf der einen Seite die sogenannte Casablanca-Gruppe. Die Führer dieser überwiegend gerade erst unabhängig gewordenen Staaten hatten sich 1961 im marokkanischen Casablanca zusammengeschlossen. In ihrer *Charta* propagierten sie eine rasche panafrikanische Einheit und eine konsequente Entkolonialisierung. „Africa must unite!“ war ihr Slogan. Guineas Sécou Touré und Ghanas Kwame Nkrumah waren die führenden Köpfe dieser Gruppe. Kaiser Haile Selassie versuchte sie beim Gründungstreffen der OAU zu einem Kompromiss zu bewegen. Am Ende bat er Kwame Nkrumah: "Mein Sohn kannst du es nicht für mich tun?" Nkrumahs überlieferte Antwort: "Das werde ich tun, mein Vater."

Konservatives Gegenstück der Casablanca-Gruppe war die ebenfalls 1961 gegründete Monrovia Gruppe. In ihr versammelten sich vor allem afrikanische Staaten, die nach der Erringung ihrer Unabhängigkeit einen gemäßigten Panafrikanismus vertraten. Sie wurde nach einer 1961 in Liberias Hauptstadt Monrovia abgehaltenen Konferenz benannt. Von den Mitgliedern der Casablanca-Gruppe wurden sie zeitweise als „Lakaien des Kolonialismus“ beschimpft. Den Kern der Monrovia-Gruppe bildeten die frankophonen Staaten, eine Schlüsselposition nahm dabei der erste Präsident der Elfenbeinküste ein, Felix Houphouët-Boigny. Nach langen Gesprächen bat der äthiopische Kaiser auch ihn um eine Kompromisslösung: "Können sie es nicht für mich tun?" Und auch Houphouët-Boigny willigte ein: "Für sie meine Majestät, ja."

So lösten sich sowohl die Monrovia Gruppe als auch die Casablanca-Gruppe auf zugunsten der Organisation für Afrikanische Einheit. Kurz vor Mitternacht unterzeichneten die 30 anwesenden afrikanischen Staatschefs am 25. Mai 1963 in Addis Abeba die gemeinsame Charta der Organisation für Afrikanische Einheit. Kaiser Haile Selassie wurde zum ersten Präsidenten der OAU gewählt. Er war damals allgemein anerkannt in seiner Rolle als 'Vater Afrikas'.

Die Gründer der OAU bekannten sich in ihrer gemeinsamen Charta zu einer Reihe von Prinzipien: Der Kontinent sollte die Solidarität und Zusammenarbeit in allen Bereichen ständig verbessern; er sollte die Befreiungskämpfe in den portugiesischen Kolonien, in Südafrika, Südwestafrika (heute Namibia) und Südrhodesien (heute Simbabwe)

aktiv unterstützen; und er sollte die aus der Kolonialzeit geerbten Grenzen nicht in Frage stellen, „damit wir nicht die Geburt eines schwarzen Imperialismus erleben“, wie der marxistisch orientierte Präsident Malis, Modibo Keita, damals in Addis Abeba sagte.

In den sechziger Jahren, als Dutzende von Kolonien unabhängig wurden, entstanden die neuen Staaten innerhalb der von Engländern, Franzosen, Portugiesen und Deutschen gezogenen Grenzen. Und Afrikas neuen Staatsmännern war klar, dass es keine Alternative dazu gab: Sie gelobten 1963 in der Charta der Organisation Afrikanischer Einheit die Unantastbarkeit der von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen, die oft ganz willkürlich ohne Rücksicht auf ethnische, historische oder kulturelle Zusammenhänge gezogen waren.

Gleichzeitig war man sich unter den afrikanischen Staatschefs von Beginn an einig, dass von Tribalismus die größte Gefahr für die neugegründeten Staaten ausging. Tribalismus beschreibt das Gefühl, sich einem Stamm zugehörig zu fühlen und sich in Bezug auf Gesellschaft, Kultur und Politik an den Interessen des eigenen Stammes zu orientieren.

Die gute Seite: Stammeszugehörigkeit fungiert oft als soziales Netz in Ländern, die weder Sozialhilfe noch Rentenkassen kennen. Man unterstützt sich gegenseitig innerhalb der ethnischen Gemeinschaften. Millionen Afrikaner verdanken dieser tiefverwurzelten Loyalität ihr Überleben in Krisenzeiten, wenn Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend zunehmen. Immer wieder wird aber auch die schaurige Seite dieser Tradition in Afrika sichtbar.

»Tribalismus ist der Fluch Afrikas«, hat der sambische Präsident Kenneth Kaunda einmal gesagt. Und es gibt genug Beispiele für diese These. Immer wieder kam und kommt es noch immer in Afrika zu blutigen Gemetzeln zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien. Von Biafra in den 60er Jahren bis zum Völkermord in Ruanda in den 1990'ern. Heute droht ethnischer Genozid unter anderem in meinem Heimatland Äthiopien.

Die Tatsache, dass Völker verschiedene Sprachen sprechen, zu verschiedenen Göttern beten und manchmal unterschiedlicher Hautfarbe sind, reicht nicht aus, die Ursachen des Mordens zu erklären. Erst wenn sich Stammesrivalitäten mit Machtansprüchen mischen, kommt jenes explosive Gemisch zustande, das in Afrika so oft Katastrophen erzeugt. Tribalismus ist eines der großen Hindernisse der Entwicklung in vielen Ländern Afrikas. Es ist der Dünger, durch den Korruption gedeiht.

Stammesdenken war für die Männer der ersten Stunde wie Sambias Kaunda und Ghanas Nkrumah verpönt. »Ein Sambia - eine Nation« wurde zum Slogan im zentralafrikanischen Kupfer-Land. In Nigeria hielten die begeisterten Menschen den Zeigefinger in die Höhe: ein Nigeria. Erziehung zur Nation wurde wichtigstes Fach in den neueröffneten Schulen und Universitäten, in der Armee. Täglich hämmerten Radio und Fernsehen die Parolen der neuen Gemeinsamkeit in die Köpfe der Menschen.

Doch eigene Fahnen, Fußballmannschaften und Nationalhymnen machten aus Hausa und Ibo noch lange keine Nigerianer, aus Bemba und Lozi keine Sambier, aus Kikuyu und Luo keine Kenianer. Trotz Verbesserung im Schul- und Gesundheitswesen gelang es den jungen Staaten nicht, ein Sozialsystem zu schaffen, das den Tribalismus überflüssig machte und auf Folklore reduzierte.

Jahre später hat die Afrikanische Union im Zuge der Black Lives Matter Bewegung ein Statement gegen den Rassismus in den USA herausgegeben – gleichzeitig lassen dieselben politisch Verantwortlichen zu, dass auf dem afrikanischen Kontinent Afrikaner Opfer des Machthungers von schwarzen Politikern werden. Afrikaner sollten zuerst vor der eigenen Haustür kehren. Auch in Afrika zählt das Leben von Menschen schwarzer Hautfarbe. Nach mehr als 60 Jahren Kolonialzeit wird die wahre Dekolonisierung in Afrika erst beginnen, wenn die Afrikaner den Tribalismus und dessen Auswirkungen endlich auf die Tagesordnung bringen und tatsächlich nach Lösungen suchen. Sezessionistische Bewegungen in Afrika dürfen keine Unterstützung finden.

Kurz nach der Gründung der OAU entbrannte ein Richtungsstreit um die politische Ausrichtung der Organisation und des gesamten Kontinents. Während eher radikalere Vertreter des Panafricanismus, wie Kwame Nkrumah, die sofortige Bildung der „Vereinigten Staaten von Afrika“ einforderten, samt einer Einbindung des arabisch geprägten Nordafrikas, plädierten gemäßigte Vertreter, wie Gamal Abdel Nasser, Julius Nyerer oder Cheikh Anta Diop für eine schrittweise Annäherung an das Konzept der „Vereinigten Staaten von Afrika“. Der Fokus der gemäßigten Panafricanisten lag auf der Stärkung und Konsolidierung interner Verwaltungs- und Wachstumsstrukturen. Dadurch sollte erst der Grundstein für eine panafrikanische Union gelegt werden. Zudem strebten einige Staatschefs lediglich eine kulturelle Einheit Afrikas an, nicht jedoch eine politische. Bis heute besteht ein reger Diskurs über die ideologische Ausrichtung des afrikanischen Einigungsprozesses.

Mit den Jahren ist die Panafrikanische Vision mehr und mehr verblasst. 'Africa Unite', hört man heute meist nur noch in der Reggae-Version Bob Marleys. Die Rastafari-Bewegung und ihre Anhänger in der Karibik und überall auf der Welt, scheinen heute die letzten Verfechter und Visionäre für ein einiges und zusammengehöriges Afrika zu sein.

Im Juli 2002 kam es dann zur Gründung der Afrikanischen Union als Nachfolgeorganisation der OAU. Sie treibt die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten seitdem weiter voran. Die Initiative zur Gründung der AU stammte vom damaligen libyschen Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi.

Während die OAU ihren Fokus auf Diplomatie sowie Entkolonialisierung und die Beseitigung der Apartheid legte, ist der Schwerpunkt der AU die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas. Hauptsitz der Afrikanischen Union ist weiterhin die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba. Mitglieder der Afrikanischen Union sind alle anerkannten 55 Staaten Afrikas.

Die AU wurde als zwischenstaatliche Organisation gegründet, um die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Häufig behandelte Themen waren zuletzt der Freihandel, die hohe Staatsverschuldung vieler afrikanischer Staaten und die Verbesserung der Menschenrechtssituation auf dem Kontinent. Weitere wichtige Ziele sind die Förderung und Vertretung der afrikanischen Staaten auf internationaler Ebene.

Wesentliche Ziele der Organisation sind die Schaffung von Frieden und Stabilität sowie der Schutz der Menschenrechte. Die AU vermittelt bei militärischen Konflikten zwischen afrikanischen Staaten und kann auch bei innerstaatlichen bewaffneten Auseinandersetzungen tätig werden. Im Unterschied zur EU besitzt die Afrikanische Union mit dem Friedens- und Sicherheitsrat ein zentrales Organ zur Friedenssicherung, das sich am Vorbild des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen orientiert. Sein Aufgabenspektrum reicht von der Konfliktprävention und -intervention bis hin zur Förderung von Demokratie und Menschenrechtsschutz. Zusätzlich wurde eine militärische Bereitschaftstruppe (African Standby Force, ASF) eingerichtet. Sie soll, etwa im Falle von Kriegsverbrechen oder Völkermorden, in den betroffenen Mitgliedsstaaten intervenieren. Bisher haben sich diese Mechanismen aber noch nicht als wirklich effektiv erwiesen.

In der Praxis scheitert die AU bei dem Erreichen ihrer Ziele immer wieder am fehlenden Geld. Der Haushalt der Afrikanischen Union belief sich 2019 auf 681,5 Millionen Euro, im Vergleich dazu lag der EU-Haushalt

2019 bei etwa 148 Mrd. Euro. Die AU ist massiv auf Mittel internationaler Geldgeber angewiesen. Zu diesen gehört insbesondere die EU.

Oft setzen Mitgliedsstaaten die Beschlüsse der AU aus finanziellen Gründen nicht um. Ein Erfolg ist die Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) im Jahr 2020, an der sich formal fast alle Staaten des Kontinents beteiligen. Die wirtschaftlichen Effekte fielen 2021 aufgrund der Corona-Pandemie und der zwischen vielen Ländern in der Praxis noch immer bestehender Zölle jedoch bescheiden aus.

Als einen Meilenstein in der Arbeit der Afrikanischen Union sehe ich den Beschluss der Agenda 2063. Die Agenda wurde auf der 21. Versammlung der Union am 26. Mai 2013, 50 Jahre nach der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit, als Plan für die nächsten 50 Jahre vorgeschlagen, und 2015 bei der Versammlung in Addis Abeba verabschiedet.

Im Gegensatz zu vielen anderen Entwicklungsplänen für Afrika, stammt der Ansatz diesmal von der Afrikanischen Union selbst und alle 55 Mitgliedstaaten haben ihm zugestimmt. Die erklärten Ziele dieser Agenda sind der Aufbau einer funktionierenden panafrikanischen Wirtschaft zur Beseitigung von Armut und die politische Integration durch Gründung eines föderalen Vereinigten Afrikas. Im Zentrum der Agenda stehen auch Demokratisierung, die politische Unabhängigkeit gegenüber Staaten außerhalb Afrikas, die Stärkung von Sicherheit und Frieden, sowie die Gleichstellung der Geschlechter.

Die afrikanischen Staaten haben bei der Ausarbeitung dieser Agenda zum ersten Mal Einigung erzielt bei den Fragen: Was sind unsere Werte? Und was ist unsere gemeinsame Vision? Auch die internationalen Menschenrechte sind in der Agenda 2063 verankert, auf Beschluss der Afrikaner. Alle Staaten, besonders die Staaten der Europäischen Union sollten bei ihren Verhandlungen mit afrikanischen Partnern auf die Einhaltung der in der Agenda 2063 festgelegten Werte pochen. Es ist der selbstgewählte Maßstab der Afrikaner, an denen man sie künftig messen kann. Das bisher oft gehörte Argument westliche Werte seien den Afrikanern aufoktroziert, da außer Äthiopien kein Land Afrikas bei der Gründung der Vereinten Nationen 1945 und der Verabschiedung der internationalen Menschenrechte beteiligt war, ist von nun an nicht mehr stichhaltig. Die Agenda 2063 ist von Afrikanern für Afrikaner. Die Afrikanische Union hat sich darin ausdrücklich für die Stärkung demokratischer Prinzipien und Institutionen verpflichtet.

Insgesamt stellen die Maßnahmen der AU einen erheblichen Fortschritt gegenüber denen der OAU dar. Die Gründung der Afrikanischen Union wurde als Neubeginn in Afrika empfunden. Die Mitgliedsstaaten stehen heute viel stärker in der Verantwortung für die Lösung der drängenden humanitären Probleme und der bewaffneten Konflikte auf dem Kontinent. Zudem wird die Afrikanische Union international zunehmend als Sprecherin für die afrikanischen Interessen wahrgenommen und akzeptiert.

Auf Seiten der Wirtschaft entwickelte sich China in den vergangenen beiden Jahrzehnten zum weltweit wichtigsten Handelspartner Afrikas. Zudem stieg das Land zum größten Gläubiger des Kontinents auf. So wurde Kritik laut, die Europäische Union überließe den Kontinent der Einflussnahme Chinas.

Tatsächlich ist in den Beziehungen Europas zu Afrika in den vergangenen Jahren manches zu Bruch gegangen. Wenn es eng wird auf den Weltmärkten, wenn Krisen lebenswichtige Produkte verteuern, dann trifft es den afrikanischen Kontinent besonders hart. Afrikaner können mit astronomisch steigenden Kosten für knappe Güter nicht mithalten. Wenn sich die Preise für Brot vervielfachen, dann bedeutet das für Millionen Menschen in Afrika Armut und Hunger. Dies untergräbt das Vertrauen der Afrikaner in ihre westlichen Partner.

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der afrikanischen Staatengemeinschaft hat sich zuletzt allerdings wieder spürbar verbessert: Bei einem Gipfel im Februar 2022 vereinbarten die EU und die AU eine engere Zusammenarbeit. Bis zum Jahr 2030 will die EU dafür 150 Milliarden Euro aus öffentlichen und privaten Mitteln investieren. Afrika ist verstärkt in den Fokus der deutschen und europäischen Politik gerückt. Davon zeugen auch zahlreiche Besuche europäischer Staatschefs, wie zuletzt der von Bundeskanzler Olaf Scholz, der auf seiner Reise die westliche Doppelmoral kritisierte und über die Afrikanische Union mehr Teilhabe afrikanischer Länder an der G20 und im UN-Sicherheitsrat forderte.

Zu hoffen ist, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt. Denn eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen EU und AU, wie zuletzt immer wieder propagiert, kann der Schlüssel sein zur gemeinsamen Zukunftssicherung für die Menschen in Europa und auch in Afrika.

Vielen Dank.